Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½5 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Mk.-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 21. Mittwoch den 21. Januar 1891. 85. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Hiermit bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß wir dem Vorstande unseres städtischen Wasserwerkes,
Herrn Ingenieur **Max Rother**,
den Titel „Director" verliehen haben.

Leipzig, den 17. Januar 1891.
I e 201
64. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Grössel.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom 12. bis 18. Januar 1891 im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 18,8fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,441.

Leipzig, am 19. Januar 1891.
Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Ausschreibung.

Die Lieferung von
768 Stück zweisitzigen Schulbänken,
48 „ Zeichentischen,
52 „ Bulten mit Pulten,
37 „ Schränken und noch anderen Mobiliargegenständen
soll vergeben werden.

Die Anschlagsformulare und Bedingungen sind im Bauamte (Rathhaus, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5) zu erhalten.

Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift
„Mobiliar, Schule in der Pestalozzistraße"
versehen bis Montag, den 27. Januar dieses Jahres, Abends 5 Uhr im Bauamte einzureichen.

Leipzig, den 19. Januar 1891.
II. B. 1781/90. **Die Baudeputation des Raths.**

Die Lage in Ostafrika.

Im Laufe des letzten halben Jahres haben sich die Verhältnisse in Ostafrika sehr verändert. Durch die Aufrichtung der englischen Schutzherrschaft in Zanzibar und Witu, durch den Uebergang des Eigenthums an dem Küstenstreif von Tanga bis Mikindani an das Deutsche Reich und durch die Expedition Emin Paschas nach dem Victoria-Nyanzasee sind Veränderungen eingetreten, welche sich noch nicht eingelebt, aber den Gang der bisherigen Entwicklung unterbrochen haben. Es wäre ein Irrthum, anzunehmen, daß die Ergebnisse der früheren Anstrengungen auf deutscher Seite, in Ostafrika Ruhe und Ordnung zu schaffen, dadurch in Frage gestellt wären, aber es ist ein Stillstand eingetreten, welcher die Lage der Dinge ungünstiger erscheinen läßt, als sie thatsächlich ist. Der Schwerpunct der colonialen Entwicklung ist von Zanzibar nach Dar-es-Salaam verlegt und von Norden nach Süden gelenkt, und durch die Besitzveränderung in Witu sind die bisherigen Grundlagen der Entwickelung in diesem Theile Ostafrikas erschüttert worden. Die Ermordung von Künzel und Genossen und die dadurch veranlaßte Zerstörung der Stadt Witu hat dem friedlichen Verkehr geschadet und zwar in dem Maße, daß der Director der Britisch-Ostafrikanischen Gesellschaft Howell Burton die Zukunft der Gesellschaft als nahezu vernichtet erklärt, weil die Anarchie an die Stelle der Ordnung getreten und der englische Einfluß dadurch geschwächt worden sei. Das mag übertrieben sein, aber etwas Wahres ist daran. Wer trägt aber die Schuld? Doch nur die Macht, welche den Besitzwechsel veranlaßt hat. Nach dem Tode Fumo Bakari's, des Oberhaupts der Wituleute, werden sich die Verhältnisse auch dort wieder besser gestalten, aber es wird langsam geschehen, das Land muß von den jetzigen Besitzern erst moralisch erobert werden.

Die Schwierigkeiten, welche sich dem friedlichen Verkehre zwischen dem Victoria-Nyanzasee und der Küste entgegenstellten, sind offenbar unterschätzt worden, die Karawanenstraße ist keineswegs so sicher, wie der Reichscommissar Wißmann angenommen hat, die Stämme der Wangoni, auch Watuta genannt, welche die Gegend von Ufango unsicher machen, müssen erst zum Gehorsam gebracht, und mit den Arabern in Tabora muß ein freundschaftliches Verhältniß hergestellt werden, bevor die Karawanenstraße die nöthige Sicherheit erhalten kann. Die theilweise Unkenntniß dieser Schwierigkeiten ist der Hauptgrund des Streites zwischen Wißmann und Emin, und hoffentlich werden sich die gegenwärtigen Zwistigkeiten ausgleichen lassen, wenn auf beiden Seiten die Lage unbefangen erwogen wird. Emin hat sich nicht innerhalb der Grenzen der ihm ertheilten Instruction gehalten, die dahin lautet, daß er am Südufer des Victoriasees eine Station errichten sollte, ohne Tabora zu berühren und ohne sich in Kämpfe einzulassen, die eine Zersplitterung seiner Streitkräfte nöthig machten. Aber Emin glaubte, wohl auch der Zukunft Rechnung tragen zu müssen, welche die Regelung der Verhältnisse zu den Arabern von Tabora und die Unschädlichmachung der Wangoni nöthig machen. Das sind Fragen, welche noch der Aufklärung bedürfen und deren Tragweite wohl bisher nicht hinreichend gewürdigt worden ist.

Ein großes Hinderniß für die Aufrichtung geordneter Zustände in Deutsch-Ostafrika bildet diejenige Partei des Reichstages, welche die Aufwendung von ausreichenden Mitteln für den genannten Zweck mit größter Hartnäckigkeit bekämpft, die das Verlangen stellt, daß sich das alles von selbst machen müsse und daß man die Colonisirung Ostafrikas lediglich der Privatthätigkeit überlassen solle. Die Reichsregierung hat trotzdem die Verwaltung der Colonie selbst in die Hand genommen in der richtigen Einsicht, daß Privatmittel für diesen Zweck nicht ausreichen, schon weil der Privatthätigkeit die nothwendige Autorität fehlt, um mit der entsprechenden Energie und Kraftentfaltung auftreten zu können.

Der Staatssecretair des Auswärtigen, von Marschall, hat neulich in der Budgetcommission des Reichstages die Grundzüge der geplanten Organisation Deutsch-Ostafrikas mitgetheilt, und diese lassen erkennen, daß sich die verbündeten Regierungen in der Durchführung der von ihnen für richtig erkannten Colonialpolitik in Ostafrika nicht irre machen lassen. Der Grundgedanke des Ganzen ist die Vereinigung der Civil- und Militairgewalt in die Hand eines Gouverneurs, also die feste Gestaltung des bisherigen Provisoriums, welches sich dadurch von dem neuen Zustande unterscheidet, daß der Reichscommissar sich bei allen Hauptactionen des vorherigen Einverständnisses mit dem Reichskanzler und mit dem Generalconsul in Zanzibar versicherte. Der Gouverneur wird in dieser Beziehung unabhängig sein, er handelt nach Lage der Umstände auf eigene Verantwortung, und das sichert seinen Handlungen die nöthige Autorität. Nicht ganz klar ist das zukünftige Verhältniß des Commandanten der Schutztruppe zum Gouverneur, er soll in Commando-Angelegenheiten diesem, dagegen in administrativer, militairischer und disciplinarer Beziehung dem Reichsmarineamt unterstellt sein. Daraus ergiebt sich, daß die militairische Gewalt des Gouverneurs nur auf ein eng begrenztes Feld beschränkt ist und daß das Reichsmarineamt der eigentliche Vorgesetzte des Commandanten der Schutztruppe sein wird. Dieses Verhältniß bedarf der Aenderung, und diese wird voraussichtlich vom Reichstage bewirkt werden, denn Klarheit der Beziehungen zu den Behörden, welche die Entscheidung in der Hand haben, ist die Grundbedingung für ein gedeihliches Zusammenwirken aller in Betracht kommenden Factoren.

Auch ein Actionsprogramm ist bereits entworfen. Danach sollen kleine Expeditionen zur Sicherung von Ruhe und Ordnung von der Küste aus unternommen werden, das weitere Vordringen von der Küste ins Innere soll aber nur allmälig erfolgen, zunächst zur Sicherung der Karawanenstraße vom Victoria-Nyanzasee über Tabora und Mpwapwa nach der Küste. Es erscheint bemerkenswerth, daß Tabora hier besondere Erwähnung gefunden hat, obwohl der Reichscommissar von Wißmann Emin Pascha ans Herz gelegt hatte, daß er Tabora auf seinem Zuge nach dem Victoriasee nicht berühren solle. Hatte er bereits früher die Nothwendigkeit erkannt, Tabora zum Ziele einer besonderen Expedition zu machen, etwa der von Stokes geführten Unternehmung? Gegenwärtig befindet sich Wißmann auf einem Feldzuge gegen die Eingeborenen am Fuße des Kilimandscharo zur Sicherung der dorthin führenden Karawanenstraße, während die Expedition gegen Machemba im Süden der deutschen Besitzungen noch keinen Erfolg aufzuweisen hat. Einer Meldung zufolge haben die Deutschen die Stellung dieses Häuptlings vergeblich zu stürmen versucht. Ein Gerücht sprach von einer schweren Erkrankung Wißmann's, doch hat sich dasselbe bereits als grundlos herausgestellt. Der Streitfall mit Emin mag auf die Stimmung Wißmann's nicht ohne Einfluß geblieben sein, und das ist wohl auch die eigentliche Quelle des Gerüchts von seiner Erkrankung.

Zu bedauern ist es, daß die amtlichen Nachrichten über die Lage in Ostafrika nur spärlich fließen und daß man in Bezug auf die neuesten Ereignisse fast ausschließlich auf Privatnachrichten angewiesen ist. Seit der Veröffentlichung des Wißmann'schen Berichts über Emin durch den „Reichsanzeiger" sind wir ohne alle zuverlässigen Nachrichten über den weiteren Verlauf der Dinge in Ostafrika. Eine Zeitungsmeldung läßt Emin bereits auf dem Rückmarsch nach der Küste begriffen sein, eine amtliche Bestätigung dieser Meldung liegt nicht vor, obwohl seitdem schon etwa eine Woche vergangen ist. Das Streben, den Reichstagsverhandlungen über die Colonialverhältnisse nicht vorzugreifen, ist erklärlich, aber die öffentliche Meinung verlangt mit Recht nach Mittheilungen über den Stand einer Angelegenheit, welche einem großen Theile des deutschen Volkes sehr am Herzen liegt. *

Leipzig, 21. Januar.

* Die Anerkennung der Vereinigten Staaten von Brasilien durch Deutschland erfolgte, wie die „Kreuzzeitung" vernimmt, in der Form, daß am 29. November v. J. der deutsche Gesandte in Rio de Janeiro, Graf Dönhoff, der brasilianischen Regierung in einer Note anzeigte, daß der Kaiser Wilhelm von jetzt ab bereit sei, das Beglaubigungsschreiben eines neuen Gesandten entgegenzunehmen und daß Graf Dönhoff demnächst seine neuen Creditive bekommen würde. Die Wahl eines Vertreters am deutschen Kaiserhofe fiel auf den Baron de Itajuba, der bereits seit einigen Tagen in Berlin weilt und am letzten Sonnabend dem Staatssecretair des Auswärtigen Amtes, Frhrn. v. Marschall, seinen officiellen Besuch abgestattet hat. Wer die Geschichte der Berliner Gesellschaft kennt, erinnert sich noch recht wohl des früheren brasilianischen Gesandten Aranjo; er ist der Vater des jetzigen Vertreters der jüngsten transatlantischen Republik, der selbstverständlich auch diesen Namen führte, bis der Familie später vom Kaiser von Brasilien der Name Baron de Itajuba beigelegt wurde. Der neue Gesandte ist durch mannigfache Bande an Deutschland gefesselt; man kann ihn, wenn man will, als halben Landsmann begrüßen, da seine Mutter eine geborene Deutsche, ein Fräulein v. Hildebrandt ist und in Wiesbaden als Wittwe lebt. Er ist auch in Deutschland geboren und zwar 1842 in Hamburg, wo sein Vater brasilianischer Geschäftsträger war. Mit seinen Eltern siedelte er 1851 nach Berlin über, besuchte daselbst das französische Gymnasium, bestand an demselben das Abiturienten-Examen, studirte in Berlin und Göttingen die Rechte und wurde von letzter Hochschule zum Doctor promovirt. Seine diplomatische Laufbahn begann er in Berlin als Attaché seines Vaters; 1866 verließ er Deutschland, arbeitete einige Jahre im Ministerium des Auswärtigen in Rio de Janeiro, wurde Legationssecretair in Paris und vertrat dann Brasilien in Madrid, Washington, Rom und Paris. Aus Frankreich kommt Baron de Itajuba nunmehr nach Deutschland zurück; seine Gemahlin wird ihm folgen, sobald eine Wohnung beschafft ist.

* Der erste Vicepräsident des Herrenhauses, Karl von Rochow, ist am Sonntag früh der schweren Erkrankung, welche ihn befallen hatte, auf seinem Stammgut Plessow erlegen. Der Verblichene erblickte das Licht der Welt am 10. Januar 1827 zu Plessow, wurde am 21. November 1884 auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen und trat am 30. November 1884 in dasselbe ein als Vertreter des alten und befestigten Grundbesitzes von Zauch-Belzig-Jüterbogk-Luckenwalde. Vor zwei Jahren wurde er zum ersten Vicepräsidenten des Herrenhauses ernannt. Allgemein bekannt ist sein Name dadurch geworden, daß er den Polizeipräsidenten von Hinckeldey im Duell erschoß.

* „Eitele Gebässigkeit" wirft uns, so schreibt die „Nationalliberale Correspondenz", die Freisinnige Zeitung des Herrn Richter vor, weil wir mitgetheilt hatten, bei der jüngsten Verlesung eines kaiserlichen Dankschreibens sei ein Theil der deutschfreisinnigen Fraction sitzen geblieben. Dieser von der „Freisinnigen Zeitung" in Abrede gestellte oder für unbeabsichtigt erklärte Vorgang war in fast sämmtlichen Parlamentsberichten erzählt, die uns zu Gesicht gekommen sind, darunter auch in denjenigen deutschfreisinniger Zeitungen und es war daran sogar ein Entschuldigungsversuch geknüpft worden. Die Namen einiger der sitzengebliebenen Mitglieder hatten wir ausdrücklich als aus dem deutschfreisinnigen „Berliner Tageblatt" entnommen bezeichnet. Ganz aus der Luft gegriffen kann also die Mittheilung doch wohl nicht gewesen sein. Jedenfalls sollte die „Freisinnige Zeitung" ihre Vorwürfe an andere, ihr näherstehende Blätter richten.

* Das Wiener „Fremdenblatt" bemerkt, mit dem als bevorstehend gemeldeten Besuche des Erzherzogs Franz Ferdinand am russischen Kaiserhofe solle nicht nur der vom Großfürsten-Thronfolger im Herbste vorigen Jahres dem Wiener Hofe abgestattete Besuch erwidert werden, sondern es habe schon früher die Absicht bestanden, dem Erzherzoge, der bisher keine Gelegenheit gehabt, mit dem russischen Kaiserhofe in Berührung zu treten, durch eine Reise nach Petersburg den erwünschten Anlaß zu bieten, sich bei den russischen Majestäten einzuführen.

* Die Nachricht des „Standard" über den Wegfall des Besuches in China aus dem Programm der Reise des russischen Thronfolgers lautet ausführlicher:

* Shanghai, 15. Januar. Wiederum bringt das hartnäckige Festhalten des chinesischen Beamtenthums an der alten traditionellen Etikette China um den Besuch eines europäischen Fürsten. Der Vicekönig Chang Chi Tung will den Zarewitsch in der Hauptstadt seiner Provinz nicht amtlich empfangen. Wie es heißt, hat der russische Thronerbe seinen Besuch in China in Folge dessen bereits aufgegeben. In der Entscheidung des Vicekönigs liegt keine vorsätzliche Unhöflichkeit. Der Starrsinn der chinesischen Beamten wurzelt lediglich in der chinesischen Anschauung, daß ein Vicekönig, als directer Vertreter seines Herrn und Kaisers, über jedem auswärtigen Potentaten oder Prinzen steht und deshalb selbst bei internationalen Höflichkeitsbezeugungen nicht in einer Eigenschaft auftreten kann, welche ihn als im Range zurückstehend erscheinen lassen würde. Ein ganz ähnliches Hinderniß ereignete sich, als der Herzog von Connaught auf der Rückreise von Indien das himmlische Reich besuchen wollte.

* Die russische „St. Petersburger Zeitung" erörtert das Urtheil des Appellgerichtshofes der Seine in dem Processe gegen Labruyère und meint, der Spruch des Appellhofes sei, ohne letzteren irgendwie einer Feindseligkeit gegen Rußland verdächtigen zu wollen, gleichwohl befremdlich und das dem Spruche zu Grunde gelegte Motiv sei erstaunlich. Irgend welcher Zweifel daran, daß Padlewski durch Labruyère Unterstützung und Beihilfe erhalten habe, sei gar nicht möglich. Der Gerichtshof hätte die Strafe Labruyère's ermäßigen können, aber daß derselbe Labruyère für nichtschuldig erklärt habe, sei ein absoluter Fehler und geeignet, einen wenig zu rechtfertigenden Präcedenzfall zu schaffen für internationales und französisches Lumpengesindel, das aus der Verübung revolutionairer Handlungen ein Gewerbe mache.

* Die Ausführungen des Abg. Zorn v. Bulach in der Debatte des Reichstags über die Lebensmittelzölle veranlassen einige französische Zeitungen und „Politiker" zu geradezu pöbelhaften Ausfällen gegen den Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen. Gewiß wird aber Herr Zorn v. Bulach in der Anerkennung seiner engeren Landsleute, deren Interessen er so warm vertreten hat, eine mehr als ausreichende Genugthuung für die Wuthausbrüche der Revanchards in Paris empfinden.

* Der Botschafter Graf Münster traf am Sonntag Abend in Paris wieder ein. Zu dem anläßlich des Geburtstags Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm bei dem Botschafter am 26. stattfindenden Empfange sind eine Anzahl Senatoren, Deputirte, sowie mehrere hervorragende Persönlichkeiten der deutschen Colonie geladen. Für das am 27. aus demselben Anlasse von der deutschen Colonie im Hotel Continental in Aussicht genommene Bankett giebt sich eine rege Betheiligung kund. — Der Fürst und die Fürstin von Monaco statteten dem Präsidenten Carnot einen Besuch ab, welchen derselbe mit seiner Gemahlin alsbald erwiderte.

* Bei der Ersatzwahl in Arau zum schweizerischen Nationalrath an Stelle des Bundesraths Dr. Welti wurde der Candidat der Freisinnigen Vogler mit 5670 Stimmen gewählt; der Candidat der Klerikalen erhielt 4081 Stimmen.

* Die belgische Revisionsbewegung mag Ziele verfolgen, welche sie wolle, jedenfalls haben ihre Urheber es verstanden, das Land in gewaltige Aufregung zu versetzen. Es ist, als wenn Freunde und Gegner der Verfassungsrevision einander in die Hände arbeiteten, um der Sache einen möglichst effectvollen Anstrich zu verleihen. Die Freunde der Bewegung beabsichtigten für Dienstag in der Hauptstadt Brüssel einen Massenaufzug des nach der republikanischen Volkssouverainetät à la française lüsternen Janhagels, die Regierung trifft militairische Verkehrungen im großen Stile, und verstärkt den Effectivstand der Brüsseler Garnison um zwei ganze von auswärts herbeigezogene Regimenter. Wenn man auch vermuthen darf, daß ein so imposantes Truppenaufgebot etwa geplante öffentliche Ausschreitungen im Keime ersticken werde, so dürften die Verfassungskrakehler doch ihrerseits schwerlich ermangeln, die Vorbeugungsmaßregeln der Regierung als ein Zeichen der Schwäche und der Rathlosigkeit zu deuten. Das Wahre scheint zu sein, daß der belgische Liberalismus ein doppelzüngiges, aber gewagtes Spiel treibt. Er braucht den Gegendienst, den der große Haufe mit dem allgemeinen Stimmrecht treibt, zu einem zwiefachen Manöver. Der süße Straßenpöbel soll die Regierung, diese wieder den ersteren mürbe machen, das Fett aber von der Suppe des Verfassungsrevisionsstreites denkt der Liberalismus für sich abzuschöpfen. Dieser belgische Liberalismus thut aber nichts, ohne mit einem Auge über die französische Grenze hinüberzublinzeln. Er ist sicher, daß seine Taktik in Sachen der Verfassungsrevision von den Politikern an der Seine höchlichst gebilligt wird. Handelt es sich doch für diese um nichts Geringeres, als in den breiten Massen, die von französischen Agitatoren nach französischem Muster und zu französischen Zwecken bearbeitet werden, ein Gegengewicht gegen die der König Leopold vermutheten deutschen Sympathien zu schaffen. Aus diesem Grunde sind die französischen Sympathien, wie in Belgien, so überall im Bunde mit den Bestrebungen, das Oberste über den Haufen zu werfen und die Welt zu revolutionieren. Das ist ein Moment, welches bei Beurtheilung der belgischen Vorgänge nicht übersehen werden darf.

* Die belgische liberale Vereinigung und die constitutionelle Union des Arrondissements Brüssel veröffentlichen eine Kundgebung, in welcher es heißt, daß die Einberufung der zwei Classen der Milizgruppen die größte Beleidigung für die Bürgerschaft der Hauptstadt sei. Da der Präsident der Repräsentantenkammer sich geweigert habe, die Abgesandten der Vereinigungen zu empfangen, so hätten diese es unter ihrer Würde gehalten, sich dahin zu begeben, sie würden deshalb ihre Adresse morgen den für eine Revision der Verfassung eintretenden Mitgliedern der Kammer, die sie auch empfangen wollten, im Rathhaus überreichen.

* Parnell hielt in Tralee eine Rede, in welcher er erklärte, daß er mit O'Brien bei der jüngsten Zusammenkunft zu einer Verständigung gelangt sei. Welche Entschließung die ihm feindlichen Deputirten seitdem getroffen hätten, sei ihm nicht bekannt, es sei lediglich die Schuld der letzteren, wenn die Angelegenheit noch nicht endgiltig geregelt sei. Dillon ist, von New-York kommend, in Havre eingetroffen und daselbst von O'Brien empfangen worden, mit dem er alsbald eine mehrstündige Unterredung hatte.

* In Bezug auf den Ueberfall des deutschen Dampfers „Elbe" durch amerikanische Polizisten wird der „Vossischen Zeitung" von einem Kenner hiesiger Verhältnisse geschrieben, daß jeder Policeman eines größeren Hafenorts mit der Thatsache bekannt ist, daß Schiffe unter fremder Flagge als fremdes Gebiet zu betrachten sind, in welches die Ortspolizei nicht eigenmächtig dringen darf. Fälle, wo Uebergriffe der letzteren von den Schiffsofficieren mit Gewalt zurückgewiesen worden, sind im Seeverkehr nicht eben selten. Entschuldigungen der betreffenden Polizei, sie hätte nichts davon gewußt, sind daher lächerlich. Wenn es wirklich so weit gekommen sein sollte, daß die Officiere der „Elbe" sich sogar Schläge von Seiten der amerikanischen Polizisten ungerügt gefallen ließen, so mögen die strengen Vorschriften der Schiffahrtsgesellschaft, welche es mit der amerikanischen Kundschaft nicht verderben will, die Sache zum Theil erklären. Ein in Berlin weilender Amerikaner äußerte demgegenüber: Wenn ein amerikanisches Schiff in einem deutschen Hafen von deutschen Polizisten in gleicher Weise überfallen worden wäre, so würden die Amerikaner ihre Revolver gezogen und die deutschen Polizisten niedergeschossen haben. Hoffentlich ist die Angelegenheit mit den lahmen Erklärungen des Governors von New-Jersey noch nicht erledigt.

Preußischer Landtag.

* Berlin, 19. Januar. Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute mit der ersten Lesung des Etats. Abg. Rickert beleuchtete die preußische Finanzlage, die er etwas günstiger ansah als neulich der Finanzminister. Unsere Finanzlage sei keineswegs beunruhigend und erfordere keine unmittelbare Vermehrung der Einnahmen; das sei auch bei den Steuervorlagen im Auge zu behalten. Eingehend verbreitete sich der Redner über den Eisenbahnetat, streifte eine Reihe anderer Anlagen, die Polenausweisungen, die Vermehrung der etatsmäßig angestellten Beamten, die Erweiterung des Fabrikinspectorats u. a., beleuchtete die neuerdings eingetretenen Verschiebungen im directen und indirecten Steuerwesen. Neue Steuern müßten die Deutschfreisinnigen stets bekämpfen, wenn nicht ein unerschlebbares Bedürfniß dafür nachgewiesen sei. Abg. von Diedemann-Bomst machte zu dem Etat einige Bemerkungen von geringerem Belang, gab aber Namens der freiconservativen Partei die Erklärung ab, daß dieselbe sich der bekannten Erklärung des Abg. von Kardorff über eine unveränderte Haltung der Fraction in wirthschaftspolitischen Fragen anschließe und nur bezüglich der Währungsfrage, in welcher Meinungsverschiedenheiten herrschten, eine Ausnahme mache. Abg. v. Czartinski brachte Klagen über die Zurücksetzung und Anfeindung der polnischen Nationalität vor. Für die nationalliberale Partei sprach Abgeordneter Sattler, für das Centrum Abg. Windthorst; beide nahmen den Etatsaufstellungen gegenüber eine durchaus zustimmende Haltung ein. Der Finanzminister Miquel dankte allen Vorrednern für ihrem wohlwollende Beurtheilung und entwickelte nochmals sein Programm über die Fortbildung des directen Steuersystems, aufs Neue versichernd, daß die Regierung keine Mehreinnahmen aus der Steuerreform verlange, sondern solche zur Erleichterung anderer, namentlich communaler Lasten verwenden wolle. Aus den heutigen Ausführungen des Finanzministers ist hervorzuheben, daß er für die Erweiterung der Wasserstraßen als eine wichtige Aufgabe der nächsten Zukunft eintrat. Auch über die Ansiedelungen in Posen und Westpreußen verbreitete sich der Minister. Abg. Graf Limburg-Stirum rührte die Debatte über die Getreidezölle und die Lage der Landwirthschaft wieder auf, erklärte sich gegen jede Herabsetzung der Zölle, auch im Zusammenhang eines Handelsvertrages mit Oesterreich, und äußerte seine Bedenken über die neue Zuckersteuervorlage. Aus dem weiteren Verlauf der Debatte ist noch eine kleine Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Graf Kanitz und dem Minister Herrfurth hervorzuheben, wobei der Letztere äußerte, eine Verständigung über den kritischen Punct der Landgemeindeordnung sei keineswegs aufgegeben. Alsdann wurde eine Anzahl Etatstitel in die Budgetcommission verwiesen. Am Mittwoch findet die Berathung des Richter'schen Stempelsteuerantrages statt.

* Berlin, 19. Januar. Die Einkommensteuercommission des Abgeordnetenhauses hat den ihr überwiesenen Gesetzentwurf durchberathen und nur die Frage des Wahlrechts ist noch nicht völlig erledigt. Durch die neuen Steuersätze wird eine recht beträchtliche Verschiebung in der Vertheilung der Wahlberechtigten auf die erste, zweite und dritte Classe herbeigeführt. Die Wählerzahl erster und zweiter Classe wird erheblich vermindert, die der dritten bedeutend vermehrt. Das Uebergewicht der Höchstbesteuerten wird dadurch noch mehr verstärkt. Durch die Annahme eines fingirten Steuersatzes für die untersten Einkommen kann dieser Verstärkung des Wahlrechts einigermaßen entgegengewirkt werden. Die Vorlage hatte für Einkommen unter 900 ℳ einen Steuersatz von 2,40 ℳ zu Grunde gelegt, die Commission ihn vorläufig in erster Lesung auf 3 ℳ erhöht. Die Frage ist aber damit noch nicht zur vollen Entscheidung gekommen.

* Berlin, 19. Januar. Im preußischen Abgeordnetenhause hat der Abg. Schmidt (Elberfeld) einen ausschließlich von Mitgliedern der freisinnigen Partei unterstützten Antrag eingebracht, der im Ganzen genommen eine Hebung des gewerblichen Fachschulwesens fordert. Im Einzelnen wünscht der Antrag die Berufung einer Sachverständigencommission zur Begutachtung der Organisation des gewerblichen Fachschulwesens, der Grundsätze über Zweck, Ziel und Lehrplan dieser Fachschulen, der Berechtigungen derselben und der nothwendigen Staatsunterstützung. Wie die bisherigen Vorgänge nachweisen, bietet der Antrag nur eine erneute Antragung. Am 6. März 1882 brachte der Abg. Dr. Schulz (Bochum) einen Antrag ein, welcher die Vorlegung eines Organisations- und Finanzplanes für das niedere technische Unterrichtswesen forderte; in der nächstfolgenden Session wiederholte derselbe Abgeordnete unter dem 7. December 1882 den gleichen Antrag und am 9. Februar 1885 verhandelte das Abgeordnetenhaus über eben denselben Antrag, der damals vom Abg. v. Schenckendorff gestellt war. Diese drei Anträge, die vom Hause auch einstimmig angenommen wurden, waren damals von Mitgliedern aller Parteien unterzeichnet, der zuletzt genannte enthielt sogar nahe an 300 Unterschriften. Diese Regierungsbrist war von der nationalliberalen Partei früher somit stets zu einer gemeinsamen Sache aller Parteien des Hauses gemacht worden. Was die in dem Antrage Schmidt-Elberfeld geforderte Einberufung einer Sachverständigen-